

16.05.2024

Beschlussprotokoll

der 64. Sitzung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am Donnerstag, dem 16. Mai 2024
gemäß § 104 der Geschäftsordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNEN gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung LT NRW die Tagesordnung um einen neuen Tagesordnungspunkt 5 „Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierter Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen“ - Drucksache 18/9242 - zu ergänzen und den ursprünglich als Tagesordnungspunkt 5 vorgesehenen Antrag „Die führende Rolle des Landes als öffentlicher Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen zur Förderung sozialer und ökologischer Projekte stärken!“ - Drucksache 18/9125 - als neuen Tagesordnungspunkt 14 zu behandeln, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD angenommen.

- 1. NRW in Rechtsnot: Aktenberge und über 400 fehlende Staatsanwälte entlarven die Justizkrise – Stopft der Justizminister ein Loch, indem er an anderer Stelle ein neues reißt, und ist die Decke bildlich gesprochen einfach zu kurz?**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9229

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

16.05.2024

2. Aufruf zur Europawahl 2024: für ein freies und demokratisches Europa!

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9124 (Neudruck)

Der Antrag - Drucksache 18/9124 (Neudruck) - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD angenommen.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Angebote der frühkindlichen Bildung von Sozialunternehmern stärken und Chancen von Betriebs-Kitas nutzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9154

Der Antrag - Drucksache 18/9154 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

in Verbindung damit

Der frühkindlichen Bildung geht die Puste aus, nun auch Implosion der Plätze – Kitas und Kindertagespflege müssen gestärkt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9159

Der Antrag - Drucksache 18/9159 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend - federführend - sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

4. Freiheit für unsere Autoindustrie – einem „Verbrennerverbot“ im Flächenland NRW den Riegel vorschieben!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9167

Der Antrag - Drucksache 18/9167 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

5. Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierender Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 18/9242

1. Lesung

Der Gesetzentwurf - Drucksache 18/9242 - wurde nach der 1. Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen.

6. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zur Verantwortung der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Besetzungsverfahren der Stelle des Präsidenten/der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen (PUA „OVG-Besetzung“)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der SPD und
11 Abgeordneten
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9149

Der Antrag - Drucksache 18/9149 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und AfD angenommen.

7. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen durch optimierte Rahmenbedingungen für den Handel mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und BENELUX stärken!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9151

Der Antrag - Drucksache 18/9151 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

8. Utopisch, bürokratisch, unfinanzierbar? Konsequenzen der EU-Gebäuderichtlinie für Nordrhein-Westfalen abschätzen – die Landesregierung muss einen Maßnahmenplan vorlegen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9174

Der Antrag - Drucksache 18/9174 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

9. Selbstbestimmtes Leben im hohen Alter: Die Menschen müssen selbst entscheiden können, wo sie wohnen wollen.

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9161

Der Antrag - Drucksache 18/9161 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales - federführend - sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

10. Gemeinsamer Einsatz für die Einlagensicherheit der nordrhein-westfälischen Sparer – Die Vergemeinschaftung aller Bankenrisiken auf EU-Ebene durch die Einführung einer europäischen Einlagensicherung unter Einbeziehung von regional wirtschaftenden Volksbanken und Sparkassen muss verhindert werden!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9152

Der Antrag - Drucksache 18/9152 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

11. Willkommenskultur für Neugeborene schaffen - Der Demografiekatastrophe entschlossen entgegneten-Familiengründung endlich ins richtige Licht rücken.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9172

Der Antrag - Drucksache 18/9172 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend - federführend - sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

12. Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen – das „Förderprogramm Südosteuropa“ muss weitergeführt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9160

Der Antrag - Drucksache 18/9160 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Integrationsausschuss - federführend -, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

13. Von guter Arbeit in gute Arbeit vermitteln – Das Land muss bei der Transformation der Arbeitswelt vom Zuschauen ins Handeln kommen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9162

Der Antrag - Drucksache 18/9162 - wurde nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales - federführend - sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

14. Die führende Rolle des Landes als öffentlicher Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen zur Förderung sozialer und ökologischer Projekte stärken!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 18/9125

Der Antrag - Drucksache 18/9125 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD angenommen.

.....
Präsident

.....
Schriftführer/in

.....
Schriftführer/in